

Auslaufmodell Deutschland?

Alternativlose Politik ohne gesellschaftliche Mehrheit: nach der Wahl ist vor der Wahl in der Bundesrepublik.

Adrien
Thomas

Nach vier Wochen Verhandlungen waren die Spitzen von CDU-CSU und SPD in der Lage, ihr Koalitionsabkommen der Öffentlichkeit zu präsentieren. Eine kuriose Viererbande trat so am 12. November vor die Presse: Angela Merkel, die angehende Kanzlerin mit dem unglaublich schlechten Wahlergebnis, der beinahe Wirtschaftsminister Edmund Stoiber, der demissionäre SPD-Parteivorsitzende Franz Müntefering und der neue Parteivorsitzende Matthias Platzeck. So sehen nicht unbedingt Wahlsieger aus.

Der vorherige, wochenlange Machtpoker und ihre Personalprobleme haben die schwarz-rote Regierung bereits vor Amtsantritt geschwächt. Statt dem von Angela Merkel angekündigten „Durchregieren“ wird es politische Kombinationen geben, bei denen die Koalitionspartner sich gegenseitig den „Schwarzen Peter“ für unbeliebte Entscheidungen zuschustern werden.

Die letzte Große Koalition gab es in Deutschland zwischen 1966 und 1969. Damals schockierte noch die Idee eines Bündnisses zwischen Rechts und Links. Der Eindruck einer verfestigten, oppositionslosen politischen Landschaft wurde zu einem treibenden Moment in der Entstehung der APO, der Außenparlamentarischen Opposition der 68er Generation.

Der Politologe Johannes Agnoli analysierte die damalige Große Koalition als Bestandteil einer „Transformation der Demokratie“ und als „plurale Fassung einer Einheitspartei“. Solch kritische Töne waren während dem Herbst 2005 kaum zu hören. Große Teile der veröffentlichten Meinung begrüßten im Gegenteil die Große Koalition als Möglichkeit einer „soliden Politik“ und Absage an das „politische Dschingderassabumm“ (*Süddeutsche Zeitung*, 14. November 2005).

Somit ist klar: unter „solider Politik“ ist heute Sachverwaltung zu verstehen. Die politischen Entscheidungen haben sich den Maßgaben des

globalen Wettbewerbs und den europäischen Stabilitätskriterien unterzuordnen. Alles andere ist „politisches Dschingderassabumm“: Weltanschauungen, Interessenkonflikte, Korporatismus, Populismus und andere Geschmacklosigkeiten.

Im politischen Geschäft gilt Sachverwaltung allerdings immer erst nach den Wahlen. Vorher sind Marketing und Verteilung der Marktanteile, sprich Wahlkampf und Wahlen, angesagt. Vor den Wahlen hatte die als deutsche „Iron Lady“ gehandelte Merkel großspurig auf dem CSU Wahlparteitag verkündet: „Eine große Koalition ist absoluter Stillstand“. Die CDU führte einen betont marktradikalen Wahlkampf, verkörpert durch den Steuerrechtsprofessor Paul Kirchhof, dem die faktische Abschaffung der Steuerprogressivität eine Herzensangelegenheit war.

Die SPD führte ebenfalls einen kämpferischen Wahlkampf wie schon lange nicht mehr. Ihre Wahlkampagne geriet zur Abwehrschlacht gegen eine bevorstehende „schwarze Republik“. Eine Mehrwertsteuererhöhung, auch „Merkelsteuer“ genannt, werde es mit der SPD nicht geben und die Interessen von Arbeitnehmern und Gewerkschaften sollen geschützt werden. Müntefering machte derweilen mit der „Heuschreckendebatte“ Stimmung gegen das Finanzkapital. Wahltaktischer Opportunismus und die Konkurrenz der von Oskar Lafontaine und Gregor Gysi angeführten Linkspartei waren hierbei wohl ausschlaggebend.

Parteien ohne Mehrheit

Gelang es der SPD, mit ihrer Kampagne Schadensbegrenzung zu betreiben, so wurde den Christdemokraten die neoliberale Stoßrichtung ihrer Kampagne beinahe zum Verhängnis. Die von der CDU angekündigte Schleifung der Flächentarifverträge,

Statt dem von Angela Merkel angekündigten „Durchregieren“ wird es politische Kombinationen geben, bei denen die Koalitionspartner sich gegenseitig den „Schwarzen Peter“ für unbeliebte Entscheidungen zuschustern werden.

die Abschaffung des Kündigungsschutzes und die Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme stießen zwar bei den Wirtschaftseliten auf Zuspruch, riefen aber in der Bevölkerung überwiegend Verängstigung hervor. Die CDU verlor 3,3 Prozent Stimmen im Vergleich zu den vorherigen Bundestagswahlen von 2002 und erzielte mit 35,2 Prozent ihr zweitschlechtestes Resultat seit 1949.

Die SPD verlor ebenfalls, doch weniger als die Meinungsumfragen befürchten lassen hatten, was Schröder dann zu seinem überaus selbstbewussten Auftritt am Wahlabend ermutigt haben dürfte. Sie büßt 2,3 Millionen Wähler im Vergleich zu 2002 ein und fällt auf 34,2 Prozent. Die guten Resultate der Marktradikalen FDP (9,8 Prozent) und der Linkspartei (8,7 Prozent) deuten auf eine politische Polarisierung in der Bevölkerung hin.¹ Die *Süddeutsche Zeitung* resümierte die Lage zwei Tag nach der Wahl: „Eine klare Mehrheit der Deutschen wünscht keine Fortsetzung der rot-grünen Regierung. Eine ebenso klare Mehrheit will nicht, dass Angela Merkel Kanzlerin wird“.

Der jetzigen großen Koalition ging schon eine faktische große Koalition bei der Verabschiedung der großen sozialen Reformpakete von Rot-Grün voraus. SPD, CDU, Grüne und FDP unterstützten in der Tat einstimmig das Agenda 2010-Programm zum radikalen Rückbau des Sozialstaates. Herzstück der Agenda 2010 waren die Hartz IV Gesetze. Diese verringern die Transferzahlungen für Langzeitarbeitslose und schaffen einen Niedriglohnsektor, in dem Arbeitslose in „Ein-Euro-Jobs“ beschäftigt werden können – außerhalb bestehender Tarife. Der Kern der neuen Regelung ist somit moderne Zwangsarbeit: Arbeitslosen kann jede Arbeit zugemutet werden kann.

Die Bedeutung der Hartz IV Maßnahmen kann nicht in ihrer Tragweite überschätzt werden. Die Kürzungen der Arbeitslosenhilfe und die einhergehende Stigmatisierung von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern destabilisieren nicht nur die gesellschaftlichen Ränder, sondern auch die gewerkschaftlich organisierten Kernbelegschaften der Unternehmen.² Die Angst vor dem sozialen Abstieg bei Arbeitsplatzverlust produziert eine tiefgehende Verunsicherung, die von Unternehmensführungen durch Delokalisierungserpresungen zusätzlich geschürt wird. Das Resultat ist, dass die Gewerkschaften sich oftmals auf ein betriebliches *concession bargaining* und auf Öffnungen der Flächentarifverträge einlassen, auf die Gefahr hin die soziale Abwärtsspirale zu verstärken.

Die Verabschiedung der Hartz IV Gesetze hatte für erhebliche soziale Proteste während dem Sommer 2004 geführt. Hunderttausende von Menschen waren, vor allem im Osten Deutschlands, gegen das Hartz Reformpaket auf die Straße gegangen.



Diese Neuauflage der Montagsdemonstrationen, die zum Sturz der DDR geführt hatten, wurde zum Auslöser der Gründung der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG), die, zusammen mit der PDS, unter dem Namen Linkspartei zu den Wahlen angetreten ist.

Genosse der Bosse

Die Ironie ist, dass die Schröder-Regierung 1998 mit dem Anspruch angetreten war, wirtschaftliche und institutionelle Modernisierung mit sozialer Gerechtigkeit unter dem Slogan „Innovation und Gerechtigkeit“ zu verbinden. Doch sehr schnell, spätestens mit dem Rücktritt von Oskar Lafontaine im März 1999, wurde offensichtlich, dass Schröders SPD auf traditionelle sozialdemokratische Arbeitnehmervertretung und gewerkschaftsfreundliche Politik verzichten zu können glaubte.

Die „neue Mitte“ sollte das neue Gravitationszentrum sozialdemokratischer Politik werden. Verfangen im *New Economy Hype*, wollte die SPD zur Partei der „neuen Mittelklasse“ werden, bestehend aus den traditionellen Mittelklassen und den Wissensarbeiter der Informationstechnologie-Industrien. Der brutale Crash der *New Economy* in den Jahren 2000/2001 machte dieses ideologische Konstrukt obsolet. Übrig blieb die Orientierung auf soziale und ökonomische Deregulierung: Vorrang für den entfesselten Markt gegenüber dem Sozialstaat.

Anzeige aus der „Du bist Deutschland“-Kampagne:

Du bist August Thyssen

Deine Arbeit ist unwichtig, sie bewegt nichts? Das ist Quatsch. Als August Thyssen sein erstes Werk gründete, hat er auch nicht gedacht, dass sein Stahl mal Schiffe durch die Weltmeere schickt, Eisenbahnen fahren lässt und weltweit Gebäude sicherer macht. Ohne Zeitungsjungen keine Sonntagszeitung. Ohne Bäcker kein Frühstück. Egal was du tust: Du bist wichtig. Deine Arbeitskraft ist wertvoll. Sie bringt vorwärts, sie schwimmt, sie fährt, sie versorgt, sie erschafft und lebt. Du bist Deutschland.

www.du-bist-deutschland.de

Foto: Milan Horacek, Bilderberg, © 2005



Programmatisch entkernt und zusehends durch Mitgliederverluste und Entfremdung von den Gewerkschaften von der eigenen sozialen Basis abgekapselt, ging die SPD-Führung, nach der vor allem durch den kommenden Irak-Krieg gewonnenen Bundestagswahl von 2002, zu einem brutalen Modernisierungskurs über. Angeführt von Gerhard Schröder, der bei Gelegenheit mit Zigarre und Maßanzügen kokettierte, und sich den Spitznamen „Genosse der Bosse“ eingefangen hatte, begann ein radikaler Sozialabbau, der heute zu dem faktischen Ende des „Rheinischen Kapitalismus“, des Wohlfahrtsstaates deutscher Prägung, geführt hat. Der schon unter den Kohl-Regierungen immer wieder beschworenen „Reformstau“, der Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit untergrabe, wurde unter Schröder und Fischer dezidiert bearbeitet.

Die Bundesrepublik hatte im Vergleich zu Thatcher und Blairs England, aber auch zu Frankreich, Italien oder Spanien, Nachholbedarf in der Durchsetzung neoliberaler Politik. Jahrzehntelang europäischer Musterknabe, dank politischer Stabilität, sozialem Konsens, Wirtschaftswachstum und starker Währung, ist Deutschland in den Augen seiner Eliten zum europäischen Pflegefall geworden. Angela Merkel bemühte während den Koalitionsverhandlungen ein Beispiel aus der Medizin: „Wenn eine Operation notwendig ist, ist es ja auch richtig, den Patienten erst soweit zu stabilisieren, dass er sie überlebt“. Soziale Absicherungen, hohe Löhne, Flächentarifverträge, Mitbestimmung, die lange Zeit als deutsche Erfolgsrezepte galten, werden nunmehr als Blockaden der Wettbewerbsfähigkeit betrachtet.

Das Resultat dieser Politik ist die Ausweitung der Marktbeziehungen mit den Teilprivatisierungen im Gesundheits- und Hochschulwesen und die Verschärfung der Konkurrenz in allen Lebensbereichen – heute um Arbeitsplätze, Löhne und Wohnungen, morgen um Diplome und vielleicht um Gesundheit.

Sozialabbau reloaded

Der Sozialabbau soll unter der Großen Koalition in eine neue Phase gehen. Wurden die marktradikalsten Bestrebungen von CDU und FDP durch das Wahlergebnis etwas ausgebremst, so zeigen doch die Eckpfeiler des Koalitionsabkommens auf weiteren Wirtschaftsliberalismus hin: Zersetzung des Kündigungsschutzes nach dem Prinzip des *Hire-and-Fire* mit einer Probezeit von zwei Jahren in Unternehmen mit mehr als 15 Beschäftigten, Erhöhung des Renteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre und Anhebung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent 2007. Für die zweite Hälfte der Legislaturperiode ist dann eine Reform der Sozial- und Pflegeversicherung angesagt.

Das Koalitionsabkommen weckt nicht viel Vertrauen in der deutschen Bevölkerung. Nur 20 Prozent der Wähler trauen der neuen Regierung zu, neue Arbeitsplätze zu schaffen, während 74 Prozent ihr dies nicht zutrauen. Ganze 66 Prozent der Befragten halten das Koalitionsabkommen nicht für „sozial ausgewogen“, nur 25 Prozent glauben, dass es sozial ausgewogen ist (N24-emnid Umfrage, 14. November 2005). Es ist offensichtlich, dass es keine gesellschaftliche Mehrheit für die wirtschaftsliberale Politik von CDU-SPD gibt. Dies nicht zuletzt deshalb, weil der Neoliberalismus nicht mehr über die gleiche Anziehungskraft verfügt als in seinen Anfängen. Konnten Margaret Thatcher und Ronald Reagan noch am Anfang der 1980er Jahren den Neoliberalismus zur sozialen Utopie erklären, so ist dies heute für Angela Merkel und Franz Müntefering nicht mehr möglich: der entfesselte Kapitalismus ruft vor allem Angst hervor – überzeugen tut er nicht.

Selbst der Chefökonom der *Financial Times Deutschland*, Thomas Fricke, kommt nicht umhin, das augenscheinliche Scheitern der hergebrachten wirtschaftlichen Rezepte einzugestehen: „Vor zwanzig Jahren versprachen die führenden Ökonomen eine bessere Welt, wenn nur endlich die

Der deutsche Fall könnte Modellcharakter für Luxemburg haben. Er zeigt den politischen und sozialen Preis des Ausstiegs aus dem Sozialstaat.

Inflation bekämpft werde – inzwischen liegt die Teuerung seit Jahren auf historischem Tief. Dann hieß es, dass Leistung sich wieder lohnen müsse und der Spitzensteuersatz dringend sinken müsse – die Sätze fielen seitdem auf konkurrenzfähiges Rekordtief. Mal lag die deutsche Krise an viel zu hohen Lohnabschlüssen, mal am fehlenden Niedriglohnsektor. Jetzt steigen die Löhne schon seit Jahren langsamer als in jedem anderen vergleichbaren Land der Welt, nach Schätzungen arbeiten 20 Prozent der Erwerbstätigen heute für Niedriglöhne; nur jeder Zweite verdient sein Geld noch mit Normaljobs, die andern befristet, in Zeitarbeit, Ein-Euro- oder Minijobs. (...) Die versprochene Wirkung blieb bislang aus.“ (FTD, 25. September 2005).

Unter diesen Umständen wird der Sparzwang zur Hauptbegründung der geführten Politik. Dabei ist die Haushaltskrise größtenteils selbstverschuldet. Sie ist provoziert worden durch die Steuergeschenke an Großkonzerne und Besserverdienende während den Jahren 1999-2001. So wurde ein „gesunder Konsolidierungsdruck“ geschaffen, wie es der deutsche Rat der Wirtschaftssachverständigen nennt.

Der deutsche Fall könnte Modellcharakter für Luxemburg haben. Er zeigt den politischen und sozialen Preis des Ausstiegs aus dem Sozialstaat. Dies müsste in Luxemburg – dessen politische Stabilität, sozialer Konsens und langjährige wirt-

schaftliche Prosperität an das deutsche Modell erinnern – aufhorchen lassen. Im Namen der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Luxemburg hat Jean-Claude Juncker, in seiner diesjährigen Erklärung zur politischen Rentrée, erste soziale Verschlechterungen angekündigt: mindere staatliche Beteiligung an der Sozialversicherung, stärkere Kostenbeteiligung der Bürger bei Kinderkrippen und Wasserversorgung, Indexmanipulationen und ein Aufweichen des Mindestlohnes für junge Arbeitnehmer.

Auch in Luxemburg wird es erstmals abwärts gehen. Wo die Talfahrt hinführt und wann sie ein Ende finden wird, lässt sich nicht vorhersagen – auch das zeigt die Abwicklung des Modells Deutschland.

¹ Die Polarisierung ist auch sozialer Natur. Die Wähler der FDP kommen überproportional aus Gruppen mit hoher Kaufkraft, von Selbstständigen und Hausbesitzern. Die Wähler der Linkspartei kommen überproportional aus Gruppen mit niedriger Kaufkraft, von Arbeitslosen und Arbeitern.

² Die Brutalität der Stigmatisierung von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern wird deutlich in einem von Ex-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) herausgegebenen Report vom Arbeitsmarkt. Der Report stellt Vergleiche zwischen „Sozialbetrügern“ und „Parasiten“ an. Wobei die Verfasser des Reports schwerlich ignorieren konnten, dass der Begriff „Parasiten am Volkskörper“ ein zentraler Begriff der NS-Rassenpropaganda war. Clements Stigmatisierung von sozial Ausgegrenzten erinnert in der Methode an Sarkozys Beschimpfung der Jugendlichen in den Banlieues als racaille.



société coopérative

105, route d'Arlon
L-1140 Luxembourg
Tél : 44 78 83
Fax : 45 92 45
e-mail :
secretariat@co-labor.coop

Aménagement et entretien de jardins

Construction extérieure

Soins des arbres

Travaux sylvicoles

Entretien de l'environnement

Points de vente directe:

- **Pépinière** (arbustes, arbres, rosiers, vivaces, engrais, etc.)
- **Utilia** (machines et outillages horticoles et sylvicoles)
- **Gränge Kuerf** (légumes biologiques, livraison à domicile et vente sur les marchés)
- **Floribus** (livraison de fleurs à domicile et dans le monde entier)